

Schwyz, 19. Februar 2015

Zur Zentralisierung von bundesbetrieblichen Arbeitsplätzen
Beantwortung der Kleinen Anfrage KA 1/15

1. Wortlaut der Kleinen Anfrage

Am 31. Januar 2015 hat Kantonsrat Leo Camenzind folgende Kleine Anfrage eingereicht:

„Gemäss Medienmitteilung der RUAG Division Defence sollen die Standorte Hombrechtikon, Mägenwil und Brunnen in den Regionen Zürich und Thun konzentriert werden. Begründet wird die Zentralisierung der heute in Brunnen lokalisierten Betriebsteile mit der Nähe zum Engineering-Standort Bern. Diese Nähe soll es ermöglichen, dass die Erfahrungen aus der Geräte-Instandhaltung besser in die Geräte- und Produktentwicklung einfliessen würden.

Für unseren Kanton hat dieser Entschied weitreichende Folgen. Der Bezirk Schwyz verliert über 100 Arbeitsplätze. Und ebenso schwer wiegend ist dieser Entscheid für den Berufsnachwuchs in unserer Region, der Ausbildungsplätze im Bereich der technischen Berufsbildung verliert.

Die RUAG Holding AG ist wie die Post AG oder die Swisscom AG ein Bundesbetrieb. Die RUAG fasst die ehemaligen Rüstungsbetriebe des Bundes in einer Firma zusammen und ist privatrechtlich als Aktiengesellschaft organisiert. Die Aktien der RUAG AG sind vollumfänglich im Eigentum der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Auf vergleichbare Vorhaben der beiden bundeseigenen Betriebe, der SBB und der Swisscom, hat der Bundesrat in seinen Antworten (Einfache Anfrage Arbeitsplätze in den Randregionen 2000, Initiative Postorganisationsgesetz 2006) grosses Verständnis für bundesbetriebliche Arbeitsplätze in Randregionen gezeigt. In den strategischen Vorgaben des Bundesrates für die SBB sei diese Zielsetzung ausdrücklich enthalten. Und Sinngemäss gelte diese strategische Zielsetzung des Bundesrates auch für die Post. Weiter führte der Bundesrat aus, dass auf keinen Fall die angebotenen Arbeitsplätze der SBB auf möglichst wenige Zentren in der Schweiz konzentriert werden sollten. Abgestimmt werden müsse diese Zielsetzung mit der wirtschaftlichen Betriebsführung.

Die Begründung der RUAG Division Defence ist klärungsbedürftig. Während in allen Branchen neue, ortsungebundene Arbeitsmodelle und -techniken genutzt werden, begründet die RUAG die Zentralisierung mit „Informationsübertragung“ von Instandhaltung zur Entwicklung. Diese Begründung ist im „Kommunikations-Zeitalter“ nicht haltbar. Eine wirtschaftlichere Betriebsführung ist mit geschickter Strategie in Randregionen sehr wohl möglich. Speziell in der Region Zürich, wohin ein grosser Teil der Arbeitsplätze verschoben werden soll, sind z.B. die höheren Lohnstrukturen oder auch die schwierigere Arbeitskräftesuche für jeden Betrieb wirtschaftlich belastende Faktoren.

Aufgrund dieser Fakten und weil die Regierung im Fall RUAG AG nicht zur Frage der Zentralisierung von bundesbetrieblichen Arbeitsplätzen Stellung genommen hat, stellen sich folgende Fragen:

- Welche Haltung vertritt die Schwyzer Regierung grundsätzlich in Fragen der Zentralisierung bundesbetrieblicher Arbeitsplätze?*
- Ist nach Auffassung der Regierung die Strategie des Bundesrates für bundesbetriebliche Arbeitsplätze in Randregionen sinngemäss nicht auch für die RUAG anzuwenden?*
- Welche Massnahmen zur Erhaltung der über 100 RUAG Arbeits- und Berufsbildungsplätze im Kanton Schwyz wurden von der Schwyzer Regierung eingeleitet?*

Ich danke dem Regierungsrat für die Klärung.“

2. Antwort des Volkswirtschaftsdepartementes

Einleitend ist festzuhalten, dass der Regierungsrat lediglich zwei Tage vor der Bekanntmachung und völlig unvorbereitet von der RUAG Holding AG (RUAG) über den Entscheid mündlich in Kenntnis gesetzt wurde. Entsprechend enttäuscht und empört ist er über dieses Vorgehen. Dies vor allem deshalb, weil die Gemeinde Ingenbohl und der Kanton während der letzten zwei Jahre eng und intensiv mit der RUAG zusammengearbeitet haben. Nach langen Verhandlungen liegt heute ein überzeugendes Bauprojekt mit grossem Expansionspotenzial im wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkt Brunnen Nord vor. Ein Vorvertrag zwischen der RUAG und der Gemeinde Ingenbohl wurde bereits erarbeitet. Es ist deshalb für den Regierungsrat wie auch für den Gemeinderat Ingenbohl nicht nachvollziehbar, weshalb die RUAG in einem laufenden Prozess, ohne vorgängige Information diese überraschende Kehrtwende vollzogen hat.

Frage 1: Welche Haltung vertritt die Schwyzer Regierung grundsätzlich in Fragen der Zentralisierung bundesbetrieblicher Arbeitsplätze?

Für den Regierungsrat ist es klar, dass die Bundesbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden müssen. Er kann der Argumentation der RUAG folgen, dass eine gewisse Standortkonzentration die Marktposition stärken kann. Andererseits ist es für ihn nicht einsichtig, weshalb diese Konzentration in den Zentren Zürich resp. Bern/Thun zu erfolgen hat. Zumal in Brunnen Nord ein ideales wirtschaftliches Entwicklungsgebiet bereit steht, welches für einen Hauptstandort der RUAG sehr geeignet wäre. Hinzu kommt die Tatsache, dass sich der Bund in den vergangenen Jahren insbesondere im militärischen Bereich (Zeughäuser, Truppenunterkünfte, Rekrutenschulen, Wiederholungskurse usw.) sukzessive aus dem Kanton zurückgezogen hat.

Frage 2: Ist nach Auffassung der Regierung die Strategie des Bundesrates für bundesbetriebliche Arbeitsplätze in Randregionen nicht auch für die RUAG anzuwenden?

Die Post und die SBB werden mit den strategischen Zielvorgaben des Bundesrates verpflichtet, im Rahmen ihrer betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Raumentwicklung und die Anliegen der Regionen nach einer angemessenen Verteilung der Arbeitsplätze zu berücksichtigen. In den strategischen Zielen des Bundesrates an die RUAG erscheint diese wichtige Zielvorgabe nicht. Das ist für den Regierungsrat unverständlich.

Es ist widersprüchlich, dass der Kanton Schwyz Bundes- und Kantonsmittel für die Regionalpolitik einsetzt, um damit seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, und der Bund gleichzeitig seine Betriebe aus diesem Gebiet abzieht. Als führendes Unternehmen in der Spitzentechnologie ist die Ruag ein technologisches Aushängeschild und für den Kanton Schwyz als Werk- und Ausbildungsplatz von hoher Bedeutung.

Frage 3: Welche Massnahmen zur Erhaltung der über 100 RUAG Arbeits- und Berufsbildungsplätze im Kanton Schwyz wurden von der Schwyzer Regierung eingeleitet?

Der Regierungsrat ist mit einem Schreiben an den Bundesrat gelangt und verlangt eine baldige Aussprache, damit die aufgeworfenen Fragen erörtert werden können und er entsprechende Erklärungen erhält. Überdies ist der Verwaltungsrat sowie die Geschäftsleitung der RUAG vom Regierungsrat schriftlich aufgefordert worden, anlässlich eines Treffens aufzeigen, aufgrund welcher Kriterien Brunnen Nord als Hauptstandort der RUAG in der neuen Firmenstruktur verworfen wurde. Der Regierungsrat, der Gemeinderat Ingenbohl sowie die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung setzen sich gemeinsam dafür ein, dass die RUAG auf ihren Schliessungsentscheid zurückkommt und der RUAG-Standort in Brunnen im gleichen Umfang erhalten bleibt.

Zustellung: Fragesteller; Kantonsratspräsident; Fraktionspräsidenten; Mitglieder des Regierungsrats; Staatskanzlei (3; Staatsschreiber, Sekretariat Kantonsrat, Informationsbeauftragter); Volkswirtschaftsdepartement; Medien.

Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Schwyz
Departementsvorsteher

Kurt Zibung, Regierungsrat